



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel : (vom 9. bis 16. Oktober)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Reichs Spiegel

(Vom 9. bis 16. Oktober)

Auswärtige und innere Angelegenheiten

Marokkoverhandlungen — Ungeduld — Feldzug gegen die auswärtige Politik — Agitation von links und rechts — Der Krieg als Heilmittel — Der Nepotismus im Auswärtigen Amt — Seine tiefe Ursache — Mangel der Konkurrenz — Anfänge einer Konkurrenz — Lage der deutschen Auslandskorrespondenten — Zwei Möglichkeiten zur Abhilfe — Prozeß Wolf Metternich — Eine Aufgabe des Adels

Die Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich wegen Marokko sind soweit gebiehen, daß die künftige Stellung der beiden Mächte in Marokko keiner Erörterung zwischen den Unterhändlern mehr bedarf. Gegenwärtig steht ausschließlich die Frage zur Besprechung, welche Gebietsflächen in Äquatorialafrika fortan deutschen Besitz bilden sollen. Die Zeichnung des ersten Teiles des Vertrages vor Feststellung des zweiten scheint lediglich den Zweck zu haben, zu verhindern, daß immer wieder auf längst erledigte Fragen zurückgekommen wird, wodurch diese leicht Opfer einer augenblicklichen Stimmung werden könnten. Wie notwendig die Maßnahme war, zeigt die seit etwa vierzehn Tagen einsetzende Agitation gegen Herrn Galliou wie gegen die gegenwärtige Regierung in Frankreich überhaupt. Die weiteren Verhandlungen sind durch die getrene Maßnahme erheblich entlastet, was um so angenehmer ist, als von ihrem befriedigenden Ausgange das Gelingen des ganzen Abkommens abhängt. Die speziellen Besprechungen wegen des Kongogebietes haben zwischen den Herren Cambon und v. Kiderlen Sonntag abend begonnen. Wir müssen uns somit noch immer mit Geduld wappnen.

Die Ungeduld in den deutschen Landen und in den besten und von den edelsten Motiven erfüllten Kreisen des Volkes hängt nun nicht allein zusammen mit dem Geschick des deutschen Handels in Marokko. Viel tiefer nagt in allen die Unruhe wegen der unbegreiflichen Zurückhaltung der Regierung in der inneren Politik und wegen der kommenden Reichstagswahlen. Je länger, um so mehr wird es offenbar, daß die beiden Parteien, die von einem großen Teil der gebildeten und besitzenden Kreise als die Feinde der Nation bezeichnet werden, die größte Aussicht haben, bei den nächsten Wahlen Erfolge zu erzielen. Sozialdemokratie und Zentrum werden, so fürchtet man, den Nutzen von der allgemeinen Unzufriedenheit und aus der Tatenlosigkeit der

Regierung ziehen. Sozialdemokratie und Zentrum würden, so kann man es in allen konservativen und liberalen Blättern lesen, eine Macht aufrichten, der der deutsche Michel sich werde unterwerfen müssen. Die Furcht, die in solchen Auffassungen liegt, ist durchaus begründet, und doch werden weder seitens der Parteien noch seitens der Reichsregierung Mittel angewandt, um dem nahenden Verhängnis zu begegnen. Man hat den Eindruck, als ständen Regierung und Bürgertum hypnotisiert und starren bewegungslos auf den heranstürmenden roten Teufel. Es macht sich ein solcher Mangel an großen politischen Ideen bemerkbar, daß man fragend auf die Männer und Parteien blickt, die immerhin bisher in den Kämpfen um den nationalen Fortschritt Achtung verdienten. Von der Regierung im Stich gelassen (auch sie scheint keinerlei Programm zu haben) tappen die der Selbständigkeit entwöhnten bürgerlichen Parteien umher und greifen gierig nach jeder Sensation, die den Anschein erweckt, als könne sie zur Wahlparole gemodelt werden.

Besonders sind es zwei Dinge, die in dieser Beziehung Erfolge zu versprechen scheinen: die Teuerung aller Lebensmittel und die Haltung unserer Regierung während der nun schon seit dem März währenden internationalen Krisis (über die Teuerung siehe die Bemerkungen des Herrn Handelskammersyndikus Deudel auf S. 137).

Einer allgemeinen Stimmung folgend, ziehen besonders die Liberalen, aber auch die Freikonservativen und viele Konservative, gegen alle die Institutionen des Reiches ins Feld, die irgend etwas mit der auswärtigen Politik zu tun haben. Die auswärtige Politik ist ja, so meint man, derart in Mißkredit geraten, daß es am leichtesten ist, unter ihrem Schutz im Lande auf den Gimpelfang zu gehen. Was haben nicht die deutschen Sozialdemokraten vor Ausbruch der russischen Revolution getan, um die Diplomatie, insbesondere die deutsche, als ein schmutziges Handwerk der Nation verächtlich zu machen. Die Liberalen haben eine Formel gefunden, wonach das ganze Unglück in der Bevorzugung des Adels und der Diplomaten liege. Sie denken wohl an das, was Bismarck Inponderabilien nannte, und spekulieren nun auf die Gefolgschaft der Alldeutschen bei den Wahlen. Die Konservativen vermiffen bei unserer Diplomatie ein frisches, frohes Draufgängertum, das mit der ständig wachsenden Armee und Flotte im Einklang stände. Sie erinnern sich bei ihrer Agitation wohl auch an Bismarcks Worte von den Gefahren eines langen Friedens und des Vorhandenseins einer großen Armee in langer Friedenszeit. Sie meinen, ein „kräftiger Aberlaß“ würde die Nation von ihrer Zersplitterung gesunden lassen und sie wieder zur Vereinigung ihrer Kräfte auf ein großes Ziel führen. Solche Auffassungen klingen uns, die wir des Königs Rock getragen haben, sehr plausibel, und doch haben sie kaum einen größeren Wert als den von Schlagworten. Gewiß werden am Tage einer Mobilmachung alle Verhältnisse im weiten Vaterlande gezwungen, sich einer einzelnen Idee unterzuordnen. Gewiß werden alle Unternehmer von der Stunde des Erscheinens der Mobilmachungsorder ab darauf gestoßen, ihre Gedanken dafür arbeiten zu lassen, wie sie der großen Aufgabe des Vaterlandes in ihren Betrieben am besten gerecht werden, doch nicht nur die Unternehmer. Jeder Beamte, Lehrer, Pastor, jeder Arbeiter ist im Augenblick der Kriegserklärung Soldat, gleichgültig ob er dazu des Königs Rock anzieht oder nicht. In diesem Gleichklang aller

Seelen und Gedanken liegt zweifellos auch etwas Großartiges und Verlockendes. Und doch wird bei dieser Überlegung gewöhnlich ein wichtiges Moment übersehen. Von der Mobilmachung werden nämlich gerade diejenigen Kreise nicht ergriffen, die wir in erster Linie dafür verantwortlich machen müssen, daß unser öffentlich politisches und kulturelles Leben stagniert. Der „Aderlaß“ durch einen Krieg würde wohl unter unseren besten Kräften Verheerungen anrichten und der Nation ungläubliche und unersehbare Schädigungen für Jahrzehnte zufügen, nicht würde er die Polypen unseres Volkslebens ausbrennen. Dazu gehören andere Mittel, über die die Nation auch verfügt, wenn sich ihrer die Führer nur bedienen wollten.

Der angedeuteten Alternative sollte sich jeder bewußt sein, der auf der nun einmal vorhandenen Entwicklungsstufe der Nation es wagt zum Kriege zu raten, in einem Falle, in dem es sich ausschließlich um materielle Güter handelt, die auf friedlichem Wege zu erobern sind, nicht aber um Existenz- und Ehrenfragen der Nation. Es ist darum ein gefährliches Spiel mit dem Feuer, Kriegsgelüste in den Massen zu erregen unter dem Hinweis auf die Untüchtigkeit der Regierungsorgane, doppelt gefährlich, wenn auch die Person des Monarchen mit in die Agitation gezogen wird.

Die Kriegsgelüste, einmal geweckt, sind eine Kraft, die unbedingt an anderer Stelle wieder hervorbrechen muß, und da die Monarchie in Deutschland, Gott sei Dank, wohl noch lange über die Machtmittel verfügen dürfte, um sich selbst vor dem Ansturm Unzufriedener zu wahren, so wird die entfesselte Feindschaft sich gegen die Störer des inneren Friedens richten, die die Post und ähnliche Organe zum Sprachrohr für ihre Gefühle machen.

Der Feldzug gegen unsere Auswärtige Politik scheint mir um so gefährlicher, je mehr er geeignet ist, die Aufmerksamkeit der gebildeten Kreise von den Problemen der inneren Politik abzulenken, und je weniger die agitierenden Parteien im Augenblick befähigt sind, wirklich vorhandene Fehler in der Organisation des Auswärtigen Amtes mit den ihnen eben zur Verfügung stehenden Mitteln zu beseitigen.

Um mit dem letzten Punkte, als dem durch die bevorstehenden Interpellationen im Reichstag aktuellsten, anzufangen, sei ohne Einschränkung zugegeben, daß sowohl die Organisation des Auswärtigen Amtes wie die des auswärtigen Dienstes dem Ideal einer Behörde wenig entspricht. Die Organisation beider beruht im wesentlichen auf Bestimmungen, die seit dem Jahre 1868 in Kraft sind und die teilweise schon längst hätten von modernen abgelöst werden können. Auch das Pressebureau, eine neuere Einrichtung, versagt nicht nur bei internationalen Vorgängen, sondern auch in Dingen der inneren Politik recht häufig.*) Schließlich wird man nicht ganz unrecht haben, wenn man von einem gewissen Nepotismus spricht, besonders wenn man den Ausbruch bezüglich seiner unangenehmen Seite nicht ganz wörtlich nimmt. Das starke

*) Hier wäre übrigens leicht Abhilfe zu schaffen durch Trennung der inneren Politik von der äußeren, da vielfache Unterlassungen zumeist auf Überbürdung der Beamten der Abteilung zurückzuführen sind. Solange innere und auswärtige Politik in der Hand des jeweiligen Reichskanzlers vereinigt war, wie unter Bismarck und Bülow, hat die gegenwärtige Organisation ihre Berechtigung gehabt. Nun aber allem Anschein nach der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes eine ziemliche Bewegungsfreiheit als Leiter der auswärtigen Politik erhalten hat, sollte man ihm auch ein eigenes von der inneren Politik unbelastetes Pressebureau zubilligen.

Vorwiegen persönlicher Beziehungen gerade in der Diplomatie liegt in der ganzen Art des Metiers. Daß aber die angedeuteten Verhältnisse sich seit vierzig Jahren und unter den verschiedensten Reichskanzlern und Staatssekretären unverändert gehalten haben, muß als das Ergebnis einer historischen Entwicklung und im engen Zusammenhange mit der Gesamtentwicklung des Reiches hingegenommen werden. Welche Veranlassung hätte schon der Leiter eines großen Privat-Instituts, das auf eine viele Jahrzehnte währende Tradition zurückblickt, seine Beamten aus anderen Kreisen zu nehmen, als aus denen, die ihm bekannt sind. Man sehe sich in den Interessenorganisationen der Gewerbe und in den Kommunalverwaltungen, ja selbst unter den Vertretern der Presse um: überall dasselbe Bild augenscheinlicher Kliquenwirtschaft. Dabei sind die Privat-Institute, in denen sogenannte Betternwirtschaft herrscht, in der glücklichen Lage, auf alle Posten stets auch die richtigen Männer setzen zu können, sei es als kaufmännische Direktoren, sei es als Konstrukteure, weil sie nicht nur über unbeschränkte Mittel, sondern auch über zwei Reservoirs verfügen, aus denen sie ihren Bedarf decken können, die den Reichs- und Staatsbehörden gegenwärtig nicht offen sind. Der Nachwuchs für die leitenden Stellen in Industrie, Handel, Verkehr und Interessenvertretung wächst den einzelnen Firmen und Organisationen kostenlos bei der Konkurrenz und in den staatlichen Behörden heran. Der Staat muß sich seine höchsten Beamten selbst heranbilden und läuft obendrein Gefahr, daß ihm das Recht der Auswahl zuguterletzt verkümmert wird, weil eine große Zahl tüchtiger Beamter, ehe sie reif für leitende Posten sind, von Privatunternehmungen angeworben werden. Während nun aber alle anderen Behörden des Reichs und der Einzelstaaten wenigstens eine gewisse Konkurrenz untereinander haben und mit ihren Beamten austauschen können, fehlt diese Konkurrenz dem Auswärtigen Amt vollständig. Abgesehen von der Armee, die hin und wieder tüchtige Diplomaten liefert, ist das Auswärtige Amt ausschließlich auf seinen eignen Nachwuchs angewiesen, und solange die Nation nicht befähigt wird, den zünftigen Diplomaten eine Konkurrenz zu schaffen, die die Reichsleitung in den Stand setzt, fähige Leute in den Reichsdienst zu übernehmen, solange müssen wir uns mit der Hoffnung vertrösten, daß das Reichsoberhaupt immer eine glückliche Hand habe, um die richtigen Diplomaten und Leiter der auswärtigen Politik aus dem kleinen ihm zur Verfügung stehenden Kreise zu finden.

Anfänge einer Konkurrenz für unsere zünftigen Diplomaten sind tatsächlich vorhanden. Es gibt schon heute eine private Diplomatie, die nicht geringen Einfluß auf die Entwicklung der deutschen Weltpolitik nimmt. Aber sie steht vor uns als eine bestimmte Organisation nur da, wo sie nicht rein deutschen, sondern eigenartigen auf internationaler Basis ruhenden Interessen dient. Der Ultramontanismus, die Sozialdemokratie und die Alliance Israélite haben je einen Kreis von Personen herangebildet, die mit diplomatischen Funktionen ausgerüstet die Welt umspannen und die entsprechenden Teile der deutschen Presse mit Nachrichten und Auffassungen versorgen. Sollte der Teil des deutschen Volkes, der an diesen Organisationen keine Freude haben kann, nicht befähigt sein, eine seinen nationalen Zwecken entsprechende Organisation zu schaffen? Sollte die kapitalistische Gesellschaftsordnung gerade auf diesem für die Nation wichtigen Gebiet versagen? Gegenwärtig bestehen in Deutschland zwei Privatunternehmungen, die es versuchen, etwas

einer Auslandsvertretung ähnliches zu schaffen: der Verlag der Kölnischen Zeitung und August Scherl. Die Kölnische Zeitung hat bereits in der langen Zeit ihres Bestehens einen Stab von Journalisten herangebildet, die sich neben die erfolgreichsten Diplomaten stellen dürfen und die im Auslande bezüglich ihrer Tätigkeit mit dem gleichen Respekt behandelt werden wie die offiziellen Diplomaten. Auch der Verlag August Scherl beginnt in dieselben Fußstapfen zu treten, begünstigt durch außerordentliche Mittel. Wenn seine Vertreter nicht gleichmäßig behandelt werden, so liegt das zum Teil in der Notwendigkeit für sie begründet, dem Sensationsbedürfnis des Berliner Publikums mehr Rechnung tragen zu müssen, als es mit ernster politischer Berichterstattung verträglich ist. Der Vollständigkeit halber muß neben den beiden Verlagen noch die Organisation der als Wolffsches Telegraphen-Bureau bekannten Firma erwähnt werden. Auch sie hat einen Stamm von diplomatischen Journalisten hervorgebracht, der hervorragende Leistungen aufzuweisen vermag, doch werden diese Herren mit wenigen Ausnahmen nicht ihrer Bedeutung entsprechend mit Mitteln ausgestattet. Infolgedessen erscheint die Frage des Nachwuchses hier nicht durchaus gesichert.

Nun ist aber die Frage der Bezahlung nicht das einzige Moment, an dem die Heranbildung eines geeigneten Nachwuchses für den auswärtigen Dienst außerhalb der amtlichen Diplomatie bisher gescheitert ist. Wichtiger ist die große Unsicherheit der Stellung und die geringe Aussicht, mit der Vergrößerung der Kenntnisse und Erfahrung entsprechend umfassendere Wirkungskreise zu erhalten. Wer als Journalist voran will, muß immer wieder in die Heimat zurückkehren und sich dort Beziehungen schaffen, damit er auf seinem Auslandsposten nicht vergessen werde. Aber viele auswärtige Korrespondenten wollen auch garnicht bei der Journalistik bleiben, sondern benutzen die Presse lediglich, um bei Studienreisen oder wissenschaftlichen Arbeiten ihre Auslagen zu verringern. Und hier ist die Stelle, wo die einheimischen Organisationen politischer und gewerblicher Natur einspringen könnten, wenn sie einmal die von ihnen empfundenen Mängel des amtlichen diplomatischen Dienstes ausgleichen und wenn sie ferner die internationale Politik des Reiches verständnisvoll beurteilen wollen.

Die Möglichkeiten liegen in zwei Richtungen. Die rein wirtschaftliche Berichterstattung wird zweckmäßig in die Hände von solchen volkswirtschaftlich und sprachlich durchgebildeten Personen gelegt werden, die von einem Verbands der Handelskammern abhängen und die durch die Handelskammern und wirtschaftlichen Interessenverbände Aussicht erhielten, auch im Inlande verwendet zu werden, sei es als Sekretäre, Syndizi oder auch als Leiter von gewerblichen Unternehmungen. Die rein politische Berichterstattung wäre zweckmäßig an die politischen Parteien anzulehnen unter Benutzung des Vorbildes, das uns für die Organisation der Presse die deutsche Sozialdemokratie und neuerdings auch die Zentrumspartei liefern. Die Notwendigkeit für die Parteipresse, sich von der amtlichen und halbamtlichen Berichterstattung zu befreien, ist sowohl von den Konservativen wie von den Liberalen längst erkannt worden, und es sind auch Schritte unternommen, um sich zu emanzipieren. Doch die angewendeten Mittel haben sich oft als falsch, ja gefährlich erwiesen. So wird zur Kontrolle der Wolffschen Depeschen von Berliner Blättern die Agentur „Prektelegraph“ (PT.) benutzt. Diese Agentur

meldete vor etwa vierzehn Tagen, und die Blätter veröffentlichten die Nachricht zum Teil unter PT. London (eigner Drahtbericht), der englische Marine-Staatssekretär habe eine höchst aggressive Rede gegen Deutschland gehalten. Die Nachricht war falsch. Wie aber kam sie zustande? Das Berliner Bureau des Presse-Telegraph bezieht die „Londoner Telegramme“ zu einem großen Teil gar nicht direkt aus London, sondern telephonisch aus Paris nach der dortigen Ausgabe der Deutschland feindlich gesinnten Daily Mail! Auf solche Quelle stützt sich die Auffassung der internationalen Lage gewisser Blätter, die sich keine eignen Korrespondenten halten können, aber doch mit Rücksicht auf die drückende Konkurrenz beim Leser den Eindruck erwecken wollen, als hätten sie ausschließlich ihnen fließende Nachrichtenquellen. Natürlich kommen solche „Versehen“ besonders leicht in kritischen Zeiten vor. Und eben darum müssen sie unmöglich gemacht werden. Das einzige Mittel aber ist der oben angegebene Zusammenschluß der geistig einander verwandten Blätter und Schaffung eines Stammes von Auslandsreferenten, die, diplomatisch geschult, später im Inland sei es als Redakteure oder Abgeordnete oder Parteisekretäre das ausländische Referat für die Parteien zu bearbeiten hätten.

Ich schreibe diese Zeilen nicht ohne eine gewisse Behmut nieder. Denn ich bin mir bewußt, daß innerhalb der Parteien sich gegen den Vorschlag starke Widerstände erheben würden, vielfach rein persönlicher Natur, so daß sich in den Vorständen wohl niemand finden dürfte ihn zu vertreten. Man wird das Feld dem Ultramontanismus, den Sozialdemokraten und der Alliance Israélite überlassen und wird fortfahren auf die Juden und Offiziösen zu schelten, da solches billiger, leichter und womöglich auch einträglicher ist.

* * *

Die Presse aller Parteien und Schattierungen beschäftigt sich in langen Leitartikeln mit einer Angelegenheit, die als solche kaum Beachtung verdiente, wenn nicht künstlich daraus eine Sensation ersten Ranges gemacht worden wäre, mit dem Prozeß Wolf Metternich. Schuld haben die beiden Verteidiger, die durch ihr Verhalten nicht Anwälte des Rechts, sondern Knechte der Sensationslust geworden sind, die den guten Ruf, den der Anwaltsstand sich in langen Kämpfen erworben hat, schwer gefährdet haben. Die Verteidiger haben das Vertrauen eines Richters mißbraucht. Daraus ist dann alles weitere entstanden. Das Gericht mußte, um auch nur den geringsten Schein der Befangenheit zu vermeiden, der Verteidigung größeren Spielraum gewähren als die Sachlage es erforderte und so konnte der Angeklagte an allen denen seine Rache kühlen, die ihn gehindert hatten Dolly Pincus zu freien. Neben diesem Akt der Rache verschwanden im Prozeß die Delikte, Hochstapelei und wenig gewandter Betrug vollständig, und der Staatsanwalt mußte immer wieder darauf hinweisen, daß es sich bei der Anklage um gemeinen Betrug und sonst nichts handele. Dennoch hat es der Angeklagte durch die Methode der Verteidigung möglich gemacht, für sich Interesse und Mitleid und daraus hervorgehend auch unter Berücksichtigung seiner Frau, der Schauspielerin Ballentin, Sympathie zu erwecken. Das Milieu, in dem sich der Angeklagte vor seinem vollständigen moralischen Zusammenbruch bewegte, war auch durchaus angetan Interesse an ihm zu erregen. Doch was nun? Soll das Opfer der Frau, die das Zeug zu haben scheint, aus dem jungen Grafensproß einen brauchbaren

Menschen zu machen, umsonst dargebracht sein? — Graf, Neffe eines deutschen Botschafters von besondern diplomatischen Fähigkeiten, von der verarmten Familie, die ihn „standesgemäß“ erzogen hatte, halb verstoßen, weil er nicht arbeiten gelernt, die ihn aber höchstwahrscheinlich in Gnaden aufgenommen, wenn er den Mangel an gutem Willen durch eine reiche Heirat ausgeglichen hätte. Mit wem, wäre gleichgiltig geblieben! Dann die Familie Wolf Wertheim mit der eigenartigen Hausfrau, die die Würde des Hauses und die Person ihrer Tochter nach elf Uhr nachts heute dem zweiundzwanzigjährigen Grafen, morgen dem Gardeleutnant anvertraut! Schließlich die feillichen Ausblicke: Herr von Fetter, der sich von Frau Wertheim heimlich Darlehn geben ließ und der doch noch immer des Königs Rock — freilich ohne die Gardelitzen — trägt! — — —

Metternich wird nach Verbüßung seiner Strafe wahrscheinlich versuchen, ein rechtschaffenes Leben zu beginnen. Aber er wird es damit schwerer haben als hundert andere, die auch in der Jugend entgleisten und dann doch achtbare Mitglieder der menschlichen Gesellschaft werden konnten. Der gute Name, an dem er sich so schwer versündigt, lastet jetzt auf ihm und bleibt ihm ein Brandmal fürs ganze Leben. Vermutlich wird er deshalb beantragen, seinen Namen wechseln zu dürfen, und seine Familie wird das Gesuch unterstützen. Der betrügerische Graf wird hinter einem bürgerlichen Namen verschwinden, und die Adelsgenossenschaft wird sich glücklich schätzen, dieses mißgerathenen Standesgenossen ledig zu sein. Im Interesse der Rettung eines durch die Verhältnisse Entgleisten sei solcher Lösung der Frage zugestimmt. Aber wird nicht das gute Bürgertum dadurch empfindlich berührt, daß es für die Fehler einer privilegierten Klasse den Abfallbehälter darstellen soll? Vor einigen Monaten, es kann auch länger her sein, ging die Nachricht durch die Zeitungen, in Süddeutschland sei ein Graf A. aufgefordert worden, die Grafenwürde für sich und seine Nachkommen aufzugeben, weil seine soziale Stellung als kleiner ländlicher Schankwirt nicht dem gräflichen Stande entspräche. Weist uns diese Meldung nicht auf den Weg, wie der Adel und damit die Nation vor solchen trüben Erfahrungen zu schützen wären, wie sie sich aus dem Werdegang des Graf Wolf-Metternich ergeben?

Das Schicksal Metternichs steht in der jüngsten Geschichte des deutschen Adels nicht vereinzelt da. Leider! Im Gegenteil: es mehren sich die Fälle in erschreckender Weise, wo Angehörige des Adels wegen ähnlicher Vorgänge auf die Anklagebank geraten, und die Ursache ist immer dieselbe: Unzweckmäßige Erziehung bei völliger Mittellosigkeit. Diese Erscheinung ist dem Ansehen des Adels im Volk, das den Adel als solchen schätzt, nicht dienlich, wenn sie auch nur eine notwendige Folge unserer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ist. Der Adel, der sich zulange von gewinnbringender Beschäftigung außerhalb des Staatsdienstes ferngehalten hat, verarmt. Die Fideikomnisse kommen nur wenigen zugute und fördern die Verarmung der Mehrzahl. Die Führung des Adelsprädicats aber legt Opfer pekuniärer Art und Zurückhaltung in der Wahl des Berufes auf, denen die Mehrzahl der Adligen nicht mehr gewachsen ist. Läge es nicht im Interesse des Adels, in dieser Hinsicht eine Einrichtung anzustreben, die geeignet wäre, den veränderten sozialen Verhältnissen entgegenzukommen? Manches unwürdige dem Schein leben könnte vermieden werden, mancher tüchtige Mann sich

freier entwickeln, manche unfittliche Ehe würde nicht geschlossen, aber dem Prinzip der Entwicklung und Erhaltung einer Aristokratie könnte besser gedient werden als bei der gegenwärtigen Adelspolitik. Würde nicht damit auch ein Reiz gegeben werden, die hervorragenden in den alten Familien schlummernden Kräfte besser und vielseitiger zu entwickeln, als es bisher unter den Beschränkungen möglich ist? Sollten Goethes Worte

Was du ererbt von deinen Vätern hast,
Erwirb es, um es zu besitzen,

nicht mit neuem Inhalt für den Adel zu füllen sein?

G. Cl.

Bank und Geld

Tripolis und die Börsen — Der Krieg und sein Einfluß auf Handel und Industrie — Die Lage des Geldmarktes — Konjunkturaussichten der Montanindustrie — Der deutsche Erdöltrust

Mit bemerkenswertem Gleichmut schauen die Weltbörsen dem Satyrspiel zu, das sich italienisch-türkischer Krieg betitelt. Die Gefahr, welche aller Welt drohte, als das italienische Enfant terrible plötzlich anfang, mit dem Schießgewehr zu spielen, ist abgewendet; nun mag es zusehen, wie es sich allein mit Anstand aus der Affäre zieht, die ihm wenig Ruhm, keinerlei wirtschaftliche Vorteile, wohl aber riesige Kosten, unfruchtbare Mühen und als erstes und sicheres Ergebnis einen Boykott des italienischen Handels in der Levante in Aussicht stellt. Die Türkei ist politisch und wirtschaftlich in einer augenscheinlich besseren Situation als der Angreifer. Wenn sie, wie es immer mehr den Anschein hat, Tripolis einfach sich selbst überläßt, kann dieser Krieg im Frieden so lange dauern als Italien es aushält. Denn dieses hat allein den Schaden zu tragen. Die Türkei auf dem Balkan angreifen will es nicht und wagt es nicht, sei es auch nur aus Scheu vor der dann unvermeidlichen Intervention der Mächte. Also wird Handel und Wandel auf dem Balkan, in Kleinasien und im Ägäischen Meer durch den Krieg kaum gestört; nur Italien wird daraus ausgeschaltet und muß zusehen, wie die Konkurrenz, bereit zum Zugreifen, seinen Platz am Tische einnimmt. Mit diesem Verlauf der Dinge können die Staaten, welche in erster Linie wirtschaftlich in der Türkei interessiert sind, durchaus zufrieden sein. Ob Tripolis schließlich italienisch oder türkisch, ob souverän oder suzerän ist, wird für absehbare Zeiten vom wirtschaftlichen wie vom politischen Standpunkte aus ziemlich gleichgültig sein. Auch Italien wird aus diesem durch tausendjährige Mißwirtschaft verödeten Lande keine Kornkammer machen und es auch rein militärisch nicht zu einem solchen Stützpunkt umgestalten, daß dadurch eine Verschiebung in der Machtverteilung im Mittelmeer einträte. Solche Aufwendungen zu ertragen, ist der italienische Staatskredit außerstande, wenn nicht von neuem Unordnung in die Finanzen einziehen soll. Die Einverleibung von Tripolis wird daher an dem wirtschaftlichen und politischen Status gar nichts ändern. Diese Auffassung der Dinge prägt sich deutlich in der Haltung der Börsen aus. Denn nachdem der erste Schrecken über den unvermuteten Kriegsausbruch überwunden war, ist allenthalben eine auffällige Gleichgültigkeit gegen den weiteren Verlauf des Konfliktes zur Herrschaft gekommen. Ja, in der Überzeugung, daß eine Fortsetzung des Kampfes eigentlich sinnlos sei,

brachte die Börse sogar ihre Friedenshoffnungen durch eine förmliche Haufe zum Ausdruck. Indessen zum Feste-feiern sind die Zeiten nicht angetan; auch der eingelebte Optimist mag einstweilen die rosenrote Brille, durch welche er die Welt sonst anzusehen liebt, beiseite legen. Es herrscht eine seltsame Unruhe in der Welt. Allenthalben Interessentkonflikte, Gärungen, Aufstände. Die Ereignisse überstürzen sich förmlich: Marokko, Tripolis, Portugal, China — bei solchem Wirrwarr und Waffengetöse muß die friedliche Kulturarbeit Schaden erleiden. Die in den letzten Tagen zur Schau getragene Zuversicht steht daher auf schwachen Füßen. Der gefahrdrohenden Möglichkeiten sind zu viele, als daß man heute ein zuverlässiges und günstiges Urteil über die wirtschaftliche Gestaltung der nächsten Zukunft fällen könnte.

Allerdings ist vorerst der gefürchtete Oktobertermin günstig abgelaufen. Nicht einmal Fallimente bedeutender Art hat es gegeben, wenn man von der Insolvenz einer Maklerfirma absteht, deren Zusammenbruch charakteristischerweise darauf zurückgeführt wurde, daß sie an Spekulationen von Bankangestellten außerordentliche Verluste erlitten habe. Die Geldansprüche des Ultimo waren, wie vorausgesehen wurde, enorme, noch nie dagewesene. Um nicht weniger als dreiviertel Milliarden Mark hat sich der Status der Reichsbank in einer einzigen Woche verschlechtert; trotz des erhöhten Kontingents von 750 Millionen ergab sich ein steuerpflichtiger Notenumlauf von 504 Millionen, während eine Woche zuvor noch eine steuerfreie Reserve von 70 Millionen vorhanden war. Der Hauptanteil der Inanspruchnahme fällt auf das Wechselkonto, das in der letzten Septemberwoche eine Zunahme von über eine halbe Milliarde erfahren hat. Dagegen haben sich die bekannten Quartalsrestriktionen der Reichsbank auch diesmal wieder insofern wirksam erwiesen, als das Lombardkonto nur um ca. 40 Millionen gegen 109 Millionen im Vorjahr gewachsen ist. Die starke Abnahme des Metallbestandes hat die Golddeckung des Notenumlaufs, der die Rekordziffer von 2295 Millionen erreichte, bis auf 31 Prozent sinken lassen. Indessen hat sich auch an diesem Quartalstermin die frühere Wahrnehmung wieder bestätigt, daß diese außerordentlichen Inanspruchnahmen solche des Zahlungsverkehrs, nicht des Kreditbedarfs sind. Denn schon in der ersten Oktoberwoche ist eine Zurückflutung von Mitteln im Betrage von nicht weniger als 260 Millionen erfolgt, und die folgenden Ausweise werden aller Wahrscheinlichkeit nach eine weitere Kräftigung des Status bringen. Gleichwohl aber ist die augenblickliche monetäre Lage doch mit Vorsicht und Reserve zu beurteilen. Die unsicheren politischen Verhältnisse und die vorangegangenen Verschiebungen in den Geldbedürfnissen der Kulturländer machen sich an den großen Geldzentren doch sehr fühlbar, vor allem in Paris, das wohl den größten Geldbedarf aufzuweisen hat. Ist doch der Notenumlauf der Bank von Frankreich so enorm gestiegen, daß das Institut eine Erhöhung seiner Maximalumlaußziffer in Antrag gebracht hat. Bekanntlich ist in Frankreich, abweichend von dem deutschen System, der zulässige Notenumlauf absolut begrenzt und zwar in Höhe von 5800 Millionen Franken. Diese vor etlichen Jahren auf diese Summe erhöhte Festsetzung erschien damals weit genug gegriffen, daß die Bank niemals der Gefahr ausgesetzt werden könnte, diese Grenze überschreiten zu müssen. Und doch wird jetzt schon die Kammer eine abermalige Erhöhung der Umlaußgrenze zu votieren haben. Wir haben uns an dieser Stelle

schon wiederholt mit den Gründen dieses außergewöhnlichen französischen Geldbedarfs beschäftigt. Diese dauern noch immer an und wirken selbstverständlich auf die anderen Geldmärkte zurück. Vor allem ist die Bank von England durch dauernde Goldentnahmen bedroht, wenn auch direkte französische Goldbezüge infolge der Veränderung des Devisenkurses einstweilen verhindert sind. Aber Ägypten, die Türkei, Südamerika stellen starke Ansprüche an den Londoner Geldmarkt, und diese dauernden Entnahmen können die Bank von England leicht zu einer weiteren Diskonterhöhung veranlassen. Es wird hauptsächlich darauf ankommen, inwieweit Nordamerika in der Lage ist, für die ausfallende Unterstützung des Pariser Marktes in die Bresche zu treten. Eine englische Diskonterhöhung müßte aber unweigerlich den gleichen Schritt der Reichsbank nach sich ziehen. Denn bei ihrem augenblicklich geschwächten Stand könnte die letztere einem Steigen des englischen Zinsfußes um so weniger ruhig zusehen, als die Devisenkurse London und Paris bereits den Goldpunkt nahezu erreicht haben. Es ist daher durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß uns ein sechsprozentiger Diskont besichert wird.

Angeichts der allgemeinen Unsicherheit kann es fast überraschen, daß kürzlich Stimmen laut geworden sind, welche sich über die Konjunkturaussichten unserer Industrie hoffnungsvoll äußern. In der Generalversammlung des Gasper Eisen- und Stahlwerks hat eine führende Persönlichkeit der rheinisch-westfälischen Industrie erklärt, daß weder Marokko noch Tripolis bisher der Eisenindustrie Abbruch getan hätten, sondern daß die Beschäftigung in den letzten Monaten immer besser geworden sei, hauptsächlich dank den Aufträgen aus Argentinien, Brasilien, Kanada. Man dürfe auch die Aussichten der nächsten Zukunft günstig ansehen und die Hoffnung hegen, daß hinsichtlich der Erneuerung der Verbände eine Verständigung erzielt werde. Diese optimistische Auffassung der Lage hat gewissermaßen eine Unterstreichung durch die günstigen Abschlußresultate der montanindustriellen Gesellschaften gefunden, von denen die Bochumer und Harpener jüngst ihre Geschäftsberichte haben erscheinen lassen. Hält man sich aber nicht an die ziffermäßigen Resultate, die für die Gegenwart nichts besagen, sondern an die Äußerungen der Verwaltungen, so klingen diese, insbesondere die der Harpener Gesellschaft, bedeutend weniger zukunftsicher. Die Harpener Gesellschaft ist eines der bedeutendsten reinen Kohlenbergwerke; von diesem Gesichtspunkt aus erscheint die Stellungnahme zur Erneuerung des Kohlensyndikats bemerkenswert und programmatisch. Sie ist aber eine intransigente, denn sie fordert schlechtweg: Einschränkung und Umlage auf gleicher Grundlage für alle Syndikatszechen, das heißt also Beseitigung des Vorrechts der Hüttenzechen. Für diese Forderung wird sich niemals im Kohlensyndikat eine Mehrheit finden, und da es sich anderseits, wie man nicht verkennen kann, um eine Lebensfrage der reinen Zechen handelt, so scheinen sich einstweilen der Erneuerung des Syndikats fast unübersteigliche Hindernisse entgegenzutürmen.

Auch in diesen so wenig günstigen Zeiten hat die deutsche Industrie sich nicht aller Unternehmungslust begeben. Beweis dessen ist die neue Expansion, durch welche die Deutsche Erdölaktiengesellschaft ihr Kapital behufs Erwerb der rumänischen Petroleuminteressen der Diskontogesellschaft und S. Bleichröders auf 20 Millionen Mark erhöht. Es ist hier früher über die Transaktionen berichtet worden, durch die im Frühjahr dieses Jahres aus der Deutschen Tiefbohrgesellschaft die jetzige Deutsche Erdölaktiengesellschaft hervorging. Der Erwerb jener in der Allgemeinen

Petroleum-A.-G. zusammengefaßten Interessen soll einen weiteren Schritt auf dem Wege bedeuten, die Petroleumversorgung des deutschen Marktes zu konzentrieren. Indessen macht der Erwerb dieser rumänischen Kohölonternehmungen fast den Eindruck, als diene er mehr den Interessen der Banken, welche lästig gewordene Beteiligungen auf gute Art abstoßen, als dem Interesse der Gesellschaft selbst. Wenigstens läßt sich durchaus nicht verstehen, wie bei dieser starken Kapitalserhöhung (in einem Jahr nummehr von 8 auf 20 Mill.) der bisherige Dividendensatz von 2,3 Prozent auch nur annähernd aufrecht erhalten werden soll. Denn die Allgemeine Petroleum-A.-G. hat bisher für die letzten beiden Jahre keine Dividende gezahlt. Es ist daher auch die Vermutung laut geworden, daß bei dieser Transaktion noch ein der Öffentlichkeit vorenthaltener Beweggrund bestimmend sei, vielleicht der, daß es bei dieser Zusammenfassung von Petroleuminteressen in

Klatten**Zwei Schlagler****Fehlfarben-Sortiment**

Seit einigen Jahren lassen wir alle bei der Fabrikation, besonders beim Pressen lädierten Zigarren (die sogenannten Klatten) ansammeln und mit einem feinen Sumatradecker neu überrollen. Früher wurden diese Zigarren wenig beachtet und als Rauchzigarren an die Arbeiter verteilt, aber da es sich hauptsächlich um bessere und beste Qualitäten handelt, fanden wir diese Verwendung zu schade.

Verpackung in $\frac{1}{10}$ Kisten ohne Ausstattung mit dem Brand:

Klatten Preis Mk. 68 pro Mille.

Da in den einzelnen Kisten alle verschiedenen Fassons und Qualitäten vertreten sind, eignen sich diese Zigarren besonders für Raucher, die Abwechslung lieben. **Der Preis ist im Verhältnis zu den feinen Qualitäten ein sehr billiger.**

Vorrat naturgemäß nur in größeren Zwischenräumen vorhanden und da zurzeit nicht groß, bitten mit Bestellung nicht zu zögern.



Von 6 besseren milden Sumatra-Havanna-Marken

Preislage Mk. 95 bis 160

für 1000 Stück, haben sich wieder Fehlfarben angesammelt, die wir in Kisten à 50 Stück ohne Ausstattung verpacken ließen und die wir zu dem sehr billigen Durchschnittspreis von

Mk. 90 für 1000 Stück (20/20 Kisten) franko bei 300 Stück anbieten. Für Raucher besserer Qualitäten, die keinen besonderen Wert auf Aussehen und eleg. Verpackung legen, sondern denen edle Qualität die Hauptsache ist, eine **ungeheim günstige Kaufgelegenheit, die nicht überboten werden kann.** Um wirkliche Durchschnittsware senden zu können, erbiten Bestellungen nicht unter 6/20 Kisten. **Der Preisunterschied zwischen den einzelnen Sorten ist durch Nummern gekennzeichnet.** Sofortige Lieferung kann nur so lange erfolgen, als der jetzige Vorrat reicht.

Versand gegen Kasse (Nachnahme oder vorherige Einsendung) mit 2% Skonto.
== 3 Monat Ziel, wenn Stand Bürgschaft bietet. Garantie: Zurücknahme. ==

Engelhardt & Rube, Bremen 73

Zigarrenfabrik seit 1883 :: Postscheckkonto Hamburg Nr. 2559.

Jeder Offizier abonniere auf die

Neuen Militärischen Blätter

Infanteristische Halbmonatshefte

53. Jahrgang. — Abonnementspreis 1,— Mk. vierteljährlich.

Herausgegeben von Hauptmann Dr. Fritz Roeder

Alle Buchhandlungen und Postanstalten nehmen Abonnements entgegen.

Probenummern kostenfrei durch die Expedition Berlin SW. 11,

Bernburger Straße 22a/23.

einer Hand sich um vorbereitende Schritte zu einer definitiven Verständigung mit der Standard Oil handele. Unwahrscheinlich wäre das nicht, nachdem sich die letztere kürzlich mit der holländisch-englischen Gruppe verständigt hat, und da auch heute schon zwischen der deutschen Gesellschaft und der Standard Oil gewisse Beziehungen bestehen, auf die wir früher bereits hingewiesen haben. Es wird gut sein, die Weiterentwicklung dieser Angelegenheit im Auge zu behalten, namentlich wenn das Reich in der Tat dem Gedanken nähertreten will, durch ein Staatsmonopol die Macht der Standard Oil zu brechen. Spectator

Verantwortliche Schriftleiter: für den politischen Teil der Herausgeber George Cleinow-Schöneberg, für den literarischen Teil und die Redaktion Heinz Amelung-Friedenau. — Manuskriptsendungen und Briefe werden ausschließlich an die Adresse der Schriftleitung Berlin SW. 11, Bernburger Straße 22a/23, erbeten. — Sprechstunden der Schriftleitung: Montags 10—12 Uhr, Donnerstags 11—1 Uhr.
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.

Stellennachweis.

(Aus der Tages- und Fachpresse.)

Anfragen zu richten unter Beifügung von Rückporto an die Geschäftsstelle der Grenzboten, Berlin SW. 11.

A. Für Akademiker.

558. **Gv. Hauslehrer**, bald, Hannover.
559. **Gv. Kandidat** (Theol. od. Phil.), Baden.

560. **Hauslehrer**, (Theol. od. Phil.), 1. November od. 1. Januar 1912, f. 3 Quartaner, Schlesien.
561. **Hauslehrer**, bald, f. 2 Kinder, Pommern.
562. **Stadtrat**, akad. techn. gebild. (5000 M.), bald, Ostpr.

B. Für Damen.

563. **Erzieherin**, mus., ev., 1. 1. 12, f. 9-jähr. Mädchen, Mecklenburg.
564. **Hauslehrerin**, gepr. (Klav., Zeich.), bald, Ungarn.
565. **Lehrerin**, ev., f. Mädchenprivatschule (1300 M.), bald (Sprachen, Gesang, Turnen), Ostpr.

Ein neues Heilverfahren.

Wir dürfen wohl als bekannt voraussetzen, dass unter allen lebenserhaltenden Faktoren der Sauerstoff der bei weitem wichtigste und unentbehrlichste ist. Verarmung des Blutes an Sauerstoff ist von der Wissenschaft längst als eine Hauptursache der verschiedensten Krankheitszustände nachgewiesen worden; denn sie hat zur unausbleiblichen Folge, dass die aufgenommene Nahrung in unvollkommener Weise zersetzt (verbrannt, oxydiert) wird, und dass sich daher giftige Stoffwechselrückstände, insbesondere harnsaure Salze, bilden, welche die Säftemasse verunreinigen, die Blutbewegung erschweren und die Gewebe in einen Reizzustand versetzen. Die Zufuhr konzentrierten Sauerstoffs zum Blute und somit die Verwendung dieses lebenswichtigen Gases zu Heilzwecken gehört zu den Aufgaben, welche lange Zeit für unlösbar gehalten wurden. Erst der modernen Chemie ist es gelungen, in Gestalt eines weiss aussehenden und leicht einzunehmenden Pulvers ein Präparat herzustellen, welches den Sauerstoff in chemischer Bindung enthält und ihn vom Magen aus an das Blut abgibt. Eine mehr als zehnjährige Erfahrung, die **das Institut für Sauerstoff-Heilverfahren, Berlin SW. 11**, mit diesem neuen Mittel gesammelt hat, hat den unwiderleglichen Beweis erbracht, dass die Erwartungen, die man in die Heilkraft des Sauerstoffs gesetzt hatte, durchaus berechtigt waren. Das völlig ungiftige Präparat hat sich bei individueller Dosierung nach ärztlicher Vorschrift in der Praxis ganz ausgezeichnet bewährt. Bei allen Nervenleiden und Stoffwechselkrankheiten (Gicht, Rheumatismus, Zucker-, Magen-, Nierenleiden, Darmträgheit, Hämorrhoiden, Arterienverkalkung, Blutarmut usw.) sind, selbst häufig noch in sehr schweren und veralteten Fällen, ganz vorzügliche und überraschende Heilerfolge erzielt worden. Bei längerem Gebrauch der Präparate konnte häufig eine vollständige Regeneration des Körpers mit all den erfreulichen Symptomen des wiedererwachenden Wohlbehagens, der Lebensfreude und des Betätigungstriebes konstatiert werden. Zahlreiche Ärzte haben die Kur an sich selbst versucht und sie ihren Patienten empfohlen. **Schliesslich (1907) wurde das Mittel auch in die Arzneiverordnung der Königlichen Universität aufgenommen** und hat sich seitdem in steigendem Masse die Wertschätzung denkender Ärzte erworben. Näheren Aufschluss über das Verfahren erteilt eine Broschüre, welche das oben erwähnte Institut kostenlos versendet.

Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW. 11, Dessauer Straße 37.